

FreiBrief aus Berlin

Februar 2018



THORSTEN FREI.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Monat hat sich der Bundestag anlässlich des 55. Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident Charles de Gaulle damit befasst, wie wir unsere erfolgreiche Zusammenarbeit weiter vertiefen können. Die deutsch-französische Freundschaft ist und bleibt eine unumstößliche Devise unserer Außen- und Europapolitik.

Nach den Sondierungsgesprächen und den jetzt stattfindenden Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD bin ich guter Dinge, dass wir bis Ostern eine neue Bundesregierung haben werden. Wir sind uns unserer Verantwortung für Deutschland und seine Menschen bewusst und werden alles daran setzen, unser Land in eine gute Zukunft zu führen und neue Impulse zu setzen.

Herzlichst

A handwritten signature in blue ink, which reads "Thorsten Frei". The signature is written in a cursive style.

Sondierungsergebnis gibt Antworten auf die drängenden Fragen der Menschen



Die Voraussetzung für Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD sind geschaffen, und konnten nach dem zwischengeschalteten Parteitag der SPD endlich beginnen. Das Sondierungspapier spiegelt in den meisten Bereichen die Handschrift der CDU wider. Damit geben wir auch in den kommenden vier Jahren die Richtung vor. Ganz zentral sind für mich die Vereinbarungen zur Migration. Das betrifft zunächst die weitere Aussetzung des Familiennachzugs und die damit verbundene spätere Begrenzung auf 1.000 Personen pro Monat sowie die atmende Flüchtlingsobergrenze zwischen 180.000-200.000 humanitären Flüchtlingen, auf die der Familiennachzug angerechnet wird. Ebenso bedeutend ist die Schaffung zentraler Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen, in denen Asylentscheidungen unter einem Dach zentral herbeigeführt und durchgesetzt werden und die damit verbundene konsequente Verbesserung der Asylverfahren. Große Fortschritte sehe ich auch im Sozialbereich. Wir wollen das Rentenniveau bei 48 % bis 2025 stabilisieren und danach eine angemessene doppelte Haltelinie für bezahlbare Beiträge und die Lebensleistung widerspiegelnde Rentenzahlungen einführen. Dazu gehört für mich auch die Einführung einer Grundrente, die in jedem Fall 10 % über dem Grundsicherungsniveau liegt, sofern 35 Jahre Beschäftigung oder Kindererziehungs- oder Pflegezeiten nachgewiesen werden, sowie der dritte Mütterrentenpunkt für vor 1992 geborene Kinder. Außerdem schaffen wir den Solidaritätszuschlag für 90 % der Steuerzahler bis 2021 ab und erhöhen das Kindergeld in der kommenden Legislaturperiode um 25 EUR pro Kind. Grundvoraussetzung für die Zusatzausgaben in Höhe von 45 Mrd. EUR ist unsere gut laufende Wirtschaft. Um die hervorragende Konjunktur möglichst lang zu konservieren, haben wir verabredet, keine Steuererhöhungen vorzunehmen, die Sozi-

alabgaben unter der 40%-Marke zu halten, die Arbeitslosenversicherung um 0,3 % zu senken, Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen einzuführen und weiter massiv in die Verkehrsinfrastruktur und digitale Leitungsnetze zu investieren. Mit diesem Rahmen werden wir auch die kommenden Jahre Europas Zugmaschine bleiben. Vorsichtig bin ich bei den Passagen zu Europa. Zwar wird darin davon gesprochen, dass Risiko und Haftung weiterhin beieinander liegen müssen. Mir persönlich geht aber insbesondere die Betonung des Wertekanonns von Solidarität und sozialem Zusammenhalt im Vergleich zum Wettbewerbsgedanken zu weit. Gerade auch der Wettbewerb ist als gleichwertiger Hauptbestandteil einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft zu sehen. Ohne Wettbewerb und die daraus entstehenden Innovationen und Fortschritte können überhaupt keine sozialen Errungenschaften finanziert werden. Hier hoffe ich mir im Rahmen der Koalitionsverhandlungen, dass es eine deutliche Nachjustierung geben wird. Schließlich gilt unverändert, dass wir als CDU keine Haftungs- und Transferunion wollen.

Zentrale Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen sorgen für effiziente und geordnete Asylverfahren



Die Einführung zentraler Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (ANkER), in denen alle an Asylverfahren beteiligten Behörden unter einem Dach und Hand in Hand bis zu einer Entscheidung des Antrags zusammenarbeiten sollen, ist der zentrale Baustein, um die derzeit größten Probleme im Umgang mit Asylbewerbern in den Griff zu bekommen. Dieses Prinzip wird seit Jahren bereits erfolgreich in der Schweiz praktiziert und wir als CDU haben die Einführung dessen auch in Deutschland bereits im Rahmen der Asylpakete I und II gefordert. Bis dato hatte sich die SPD gesperrt. Aber angesichts der Ent-

wicklungen in Deutschland verweigert sich die Sozialdemokratie nun nicht länger der Einführung zentraler Asyleinrichtungen. Die Vorteile dieser Einrichtungen liegen in verschiedener Hinsicht auf der Hand. Asylanträge können durch die ANKER-Einrichtungen schneller, lückenloser und kompetenter bearbeitet und entschieden werden. Der Koordinierungsbedarf der Behörden wird reduziert, Verwaltungsaufwand und Kosten sinken. Es liegt aber natürlich auch im besonderen Interesse der Antragsteller, dass alle notwendigen Verfahrensschritte in einer Einrichtung und ohne weite Fahrten in die unterschiedlichsten Behörden erledigt werden können. Ziel ist eine rasche Verfahrensdauer, so dass monatelanges Warten auf Termine in unterschiedlichen Behörden hinfällig wird. Wichtig ist, dass wir dort die Identitätsfeststellung verbessern. Das betrifft die generelle Aufnahme biometrischer Daten aller Antragsteller und im Besonderen auch die erweiterte Alters- und Identitätsfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen (UMA). Außerdem bin ich überzeugt, dass sich die lückenlose Registrierung von Asylbewerbern und die Speicherung biometrischer Merkmale sowie die Residenzpflicht in den ANKER-Einrichtungen bis zur Asylentscheidung positive auf die Entwicklung und die Aufklärung der Straftaten durch Asylbewerber auswirken werden.

Desolater Materialzustand ist der größte Feind der Bundeswehr



Es ist die Pflicht unseres Landes, dass wir die Soldaten mit der bestmöglichen Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung ausstatten, so wie wir es auch in den Sondierungseckpunkten mit der SPD festschreiben konnten. Das schulden wir den Soldatinnen und Soldaten, die sich fern der Heimat für unser Land einsetzen. Das schulden wir auch den Familien, deren Angehörigen ihr Leben im Einsatz verloren oder versehrt heimge-

kommen sind. Das bedeutet für mich in der derzeitigen Situation vor allem zügige Investitionen in moderne, einsatztaugliche Technik. Im Moment ist die Truppe chronisch unterfinanziert. Wir haben großen Nachholbedarf was die Reparatur und den Ersatz von Systemen wie dem Hubschrauber CH53 angeht, die in der Mitte des letzten Jahrhunderts konzipiert wurden. Der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels und unsere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen haben mit Ihren Vorschlägen zur Höhe des Wehretats bei 1,5% vom BIP bzw. einem Investitionsplan in Höhe von 130 Mrd. EUR in den kommenden 15 Jahren ein realistisches Bild gezeichnet. Der in den Sondierungen angepeilte Kurs von 2 Mrd. EUR zusätzlich bis 2021 für Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik zementiert bei unserem erfreulich ungebremsen Wirtschaftswachstum jedoch eine immer weitere Entfernung vom 2-Prozent-Ziel der NATO und damit von der Bündniszuverlässigkeit Deutschlands. Für mich ist dieses Ergebnis unverständlich. Es müsste allen klar sein, dass es ein X-Faches mehr kostet, wenn wir die Auswirkungen von externen Krisen innenpolitisch kompensieren müssen. Die enormen Folgekosten sorgen dann dafür, dass innenpolitische Investitionen in Infrastruktur oder Bildung, aber auch eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme geringer ausfallen. Deshalb wäre eine stärkere finanzielle Hinterlegung unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit und der Bundeswehr neben einer Investition in den Frieden in Deutschland vor allem auch eine Investition in den Wohlstand Deutschlands.

Gemeinsame europäische Einlagensicherung wäre ein großer Fehler

Eine gemeinsame europäische Einlagensicherung, wie sie beim EU-Finanzministertreffen besprochen und bis Mitte des Jahres angepeilt wird, halte ich für grundsätzlich falsch und überflüssig. Wir haben in Deutschland eines der besten Sicherungssysteme der Welt. Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken verfügen darüber hinaus über ein hoch effektives System der Institutssicherung. Für deutsche Sparer wäre ein solches neues System deshalb zugleich unnötig und schädlich. Deutsche Sparer müssten mit ihrem Geld Einlagen im europäischen Ausland sichern, obwohl sie umgekehrt die Solidarität – insbesondere wegen der Systematik der Institutssicherung – kaum in Anspruch nehmen dürften. Dies wäre insbesondere auch deshalb ungerecht, weil Banken in Griechen-

land, Portugal, Spanien und Italien noch immer auf einem großen Berg von faulen Krediten sitzen. Damit ist die Grundvoraussetzung für eine solche Vereinbarung, die darauf setzt, dass die Banken alle Risiken aus ihren Bilanzen getilgt haben sollen, im Moment überhaupt nicht gegeben. Schließlich wissen wir aus den Erfahrungen der letzten Krisen nur zu gut, wie kreativ manche Länder sind, wenn es um die Optimierung wichtiger Kennzahlen geht. Auch die EU-Kommission hat mehrfach bewiesen, wie nachlässig sie auf die Einhaltung von Verträgen reagiert, wenn etwas von ihrer politischen Agenda gedeckt ist. Insofern befürchte ich, dass dies ein weiterer Schritt in Richtung Haftungs- und Transferunion ist.

Jürgen Guse tritt nach knapp 42 Jahren als Bürgermeister in den Ruhestand



Nach 9 Jahren als Bürgermeister von Schnürpflingen und zuletzt 32 Jahren als Bürgermeister von Bräunlingen wurde zum Jahresende Jürgen Guse verabschiedet. In meinem Grußwort konnte ich auf viele gemeinsame Stationen als Bürgermeisterkollegen, in der CDU-Kreistagsfraktion und vielen anderen Funktionen verweisen. Gemeinsam mit meinem örtlichen Abgeordnetenkollegen Karl Rombach konnte ich dem neuen Ehrenbürger auch zur ganz seltenen Auszeichnung gratulieren. Ich habe Jürgen Guse als einen „Macher“ kennen gelernt, der neben seiner Durchsetzungskraft und seiner Kompetenz auch ganz außergewöhnliche menschliche Qualitäten hat. Deshalb sind es auch nicht nur die großen Bauwerke, die in bleibender Erinnerung sind, sondern vor allem Dinge wie die Gründung der Bürgerstiftung, die Initiierung des Straßenmusiksonntags, die Etablierung des Kelnhofmuseums oder die Förderung der Vereine. Jürgen Guse hat mit seiner Arbeit die Grundlage dafür gelegt, dass die schöne Zähringerstadt Bräunlingen in den letzten dreißig Jahren eine ganz fulminante Entwicklung genommen hat.

Neujahrsempfänge in Wolfach, Hüfingen, Königsfeld, Bräunlingen, Blumberg, Brigachtal und Villingen-Schwenningen



In den letzten Wochen war ich unter anderem bei den Neujahrsempfängen der Städte Wolfach, Hüfingen, Bräunlingen, Blumberg und Villingen-Schwenningen sowie der Gemeinde Königsfeld zu Gast. Traditionell wird mit diesen gesellschaftlichen Anlässen das Neue Jahr politisch eingeläutet. Neben der Ehrung verdienter Bürger - und in Hüfingen gar der Verleihung der Staufermedaille des Landes Baden-Württemberg an den Bürgermeister a. D. Anton Knapp - geht es vor allem um politische Standortbestimmungen und die Markierung der wichtigsten Ziele für das beginnende Jahr. Auch durch eine kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung und die enorm starke Wirtschaft in der Region haben die Kommunen bei uns erhebliche Spielräume, die sie für Zukunftsinvestitionen auch kraftvoll nutzen. So wurde der Empfang in Königsfeld mit der Einweihung der frisch sanierten und erweiterten Gemeindehalle in Weiler verbunden. In Wolfach und Hüfingen wurden erhebliche Investitionen unter anderem in die Zukunftsthemen Bildung und Betreuung angekündigt. Starke Kommunen stehen für Lebensqualität für die Menschen und sind die Basis eines funktionierenden Staates.



Traditionell startete auch die Stadt Blumberg mit einem kraftvollen Empfang in das Neue Jahr. Dies liegt nicht zuletzt an der Stadtkapelle, die wie immer fulminant aufgespielt hat. In diesem Jahr war die Verpflichtung von Bürgermeister Markus Keller ein zusätzlicher Höhepunkt. Er ist wirklich ein Glücksfall für Blumberg. Damit sich die Stadt weiter so dynamisch entwickeln kann, bedarf es der entsprechenden Rahmenbedingungen. Deshalb bin ich auch auf die kommunalrelevanten Themen des in Berlin zwischen den Spitzen von Union und SPD beschlossenen Sondierungspapiers eingegangen. 1,5 Mrd. Euro mehr für ländliche Räume, 8 Mrd. Euro zusätzlich für Kommunalförderprogramme, 5,5 Mrd. Euro zusätzlich für Ganztagschule und Kinderbetreuung, 1 Mrd. EUR zusätzlich für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und 4 Mrd. Euro für zusätzlichen Wohnraum. Für Bürgermeister und Gemeinderat gibt es also auch zukünftig kräftige Unterstützung vom Bund, ein reiches Betätigungsfeld und viel echte kommunale Selbstverwaltung. Ich bin davon überzeugt, dass man das in Blumberg zu nutzen weiß.



In Bräunlingen war die Amtseinsetzung und Verpflichtung des neuen Bürgermeisters Micha Bächle Höhepunkt der Veranstaltung. Micha Bächle hat sich mit einer bemerkenswerten Antrittsrede seinen Bürgern präsentiert, Eckpunkte seiner künftigen Amtszeit aufgezeigt und eine von Transparenz und Offenheit geprägte Arbeitsweise angekündigt. In meinem Grußwort habe ich ihm die besten Wünsche übermittelt und meine Unterstützung angeboten, wenn es darum geht, gemeinsam das Beste für Bräunlingen zu erreichen.

Neujahrsempfang bei der CDU Hausach und CDU Stuttgart-Mühlhausen



Gemeinsam mit meiner Landtagskollegin Marion Gentges habe ich den Neujahrstreff der CDU Hausach besucht. Auch in Hausach war der Wunsch intensiv spürbar, dass Deutschland endlich eine starke Regierung bekommt, die nicht nur den Status quo verwaltet, sondern Zukunft kraftvoll gestaltet. In meinem Grußwort bin ich unter anderem auf die Ergebnisse der Sondierungsgespräche eingegangen. Natürliche sind da auch viele bittere Pillen enthalten. Insgesamt ist es aber vor allem eine gute Grundlage für vier Jahre gemeinsamer Arbeit. Jetzt bleibt die Hoffnung, dass die SPD sich auf ihre Mitverantwortung für Deutschland besinnt.



Auf Einladung der CDU-Bezirksgruppe Stuttgart-Mühlhausen hatte ich die Ehre im schönsten Bezirksrathaus Stuttgarts eine Neujahrsansprache halten zu dürfen: Im Palm'schen Schloss. Gemeinsam mit etwa 150 Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben die anwesenden Gäste das neue Jahr politisch begonnen. Ich habe in meinem Beitrag darauf hingewiesen, dass der Jahreswechsel immer auch die Chance bietet, ein Stück zurück zu treten, die Situation auch in ihren längeren Linien zu analysieren und dann auf der Grundlage von klarer Sicht den „roten Faden“ in die Zukunft zu entwickeln. Mein Schwer-

punkt war der Zusammenhalt der Gesellschaft in Zeiten disruptiver Umbrüche: Globalisierung, Automatisierung, Digitalisierung und demographische Veränderungen sind Entwicklungen, die uns als Gesellschaft im Ganzen herausfordern. Nichtsdestotrotz haben wir in den vergangenen Jahren Grundlagen geschaffen, diesen Wandel erfolgreich zu gestalten. Vor allem starke und leistungsfähige Kommunen sind in besonderer Weise in der Lage, Heimat zu schaffen und Identität zu stiften.

Besuch in der Fürstenberg-Kaserne in Donaueschingen

In meiner Rolle als CDU-Außenpolitiker habe ich der Bundeswehr in meinem Wahlkreis einen Besuch abgestattet. Insgesamt sind mit dem Jägerbataillon 292 und weiteren Dienststellen der Bundeswehr über 1.000 Soldaten und zivile Beschäftigte am Standort Donaueschingen stationiert. Im Gespräch mit Oberstleutnant Otto und den Leitern der Stabsabteilungen habe ich mich intensiv über die aktuelle logistische und organisatorische Situation der Soldaten am Standort informiert. Nicht nur durch den Bau einer neuen Standortschiessanlage, sondern auch zahlreiche weitere Investitionen und Baumaßnahmen, ist in der Kaserne vieles in Bewegung. Im Mittelpunkt meines Interesses stand aber natürlich vor allem die Einsatzsituation des Bataillons. Etwa die Hälfte des Bataillons wird Ende Januar für ein halbes Jahr nach Litauen aufbrechen. Deutschland ist im dortigen multinationalen Einsatzverband im Rahmen der NATO-Mission Führungsnation. Der Verband, an dem sich acht NATO-Partner beteiligen werden, wird unter deutschem Kommando stehen. Ende des Jahres wird darüber hinaus noch eine größere Zahl Donaueschinger Soldaten den Einsatz in Mali verstärken. Ich habe die Gelegenheit erneut genutzt, um mich für den exzellenten Dienst zu bedanken. Eine bestens aufgestellte Bundeswehr ist die beste Garantie für Frieden.

Antrittsbesuch im Rathaus Bräunlingen

Gemeinsam mit den Bräunlinger CDU-Stadträten habe ich meinen Antrittsbesuch beim seit Jahresbeginn amtierenden Bürgermeister Micha Bächle gemacht. In diesem Zusammenhang präsentierte Micha Bächle seine Pläne für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Stadt Bräunlingen. Auch die Ergebnisse der Sondierung zwischen CDU/CSU und SPD sowie

mögliche Koalitionsergebnisse und ihre Auswirkungen auf die Kommunen standen im Mittelpunkt des Gesprächs. Neben der Städtebauförderung, der Baulandproblematik, dem Ausbau der Glasfaserinfrastruktur und einer qualifizierten Bildungs- und Betreuungspolitik ging es auch um eine zügige Reform der Grundsteuer.



Bürgermeister Bächle wies auf die Bedeutung der Grundsteuer als große und vor allem verlässliche Einnahmequelle der Städte und Gemeinden hin. Bächle und ich waren uns einig, dass es einer zügigen Reform bedarf, die einerseits nicht neue Bürokratie schafft und andererseits sowohl mehr individuelle Gerechtigkeit für die Steuerpflichtigen ermöglicht als auch das Aufkommen für die Kommunen sichert. Abschließend durfte ich mich noch in das Goldene Buch der Stadt eintragen.

Bericht bei katholischer Arminia zu Freiburg über deutsche Interessen in Afghanistan



Auf Einladung der Freiburger katholischen Studentenverbindung Arminia, deren Gründungsgeschichte in das Jahr 1850 zurückgeht und die Mitglied im Cartellverband der 126 katholischen Studentenverbindungen ist, berichtete ich im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Vortragsreihe über die Lage in Afghanistan. Im Veranstaltungssaal des Verbindungshauses waren zuvor unter anderem bereits Norbert Blüm oder Erwin Teufel zu Gast. Zunächst zeichnete ich einen Abriss der afghanischen Geschichte, die von der

Mitte der Neuzeit bis heute viele Parallelen aufweist. Afghanistan ist seit jeher Spielball fremder Mächte, die aber immer auch ihren Untergang oder Niederlagen im Land am Hindukusch erlebten. Seit 1979 befindet sich Afghanistan in einem permanenten Bürgerkriegszustand. Daran anschließend skizzierte ich das breite deutsche Engagement in Afghanistan. Am sichtbarsten ist für mich sicherlich der Einsatz der Bundeswehr, die sich im Rahmen der internationalen Unterstützungsmission „Resolute Support“ am Aufbau und der Stärkung der afghanischen Sicherheitskräfte beteiligt. Dabei geht es um Hilfen bei der Erstellung eines permanenten Lagebildes, um Unterstützung bei der Führungskräfteausbildung, um den schnellen Verwundetentransport samt Erstversorgung und aus deutscher Sicht natürlich auch um den Schutz eigener Kräfte. Das derzeitige Mandat umfasst 980 Soldaten und ist bis zum 31.3.2018 begrenzt. Die Kosten des Bundeswehreinsatzes belaufen sich pro Jahr auf etwa 300 Mio. EUR. Die Bundeswehr ist aber nur ein kleiner Teil unserer Hilfen. Deutschland hat sich schließlich verpflichtet, bis 2020 1,7 Mrd. EUR für Entwicklungshilfe auszugeben. Das sind 430 Mio. EUR jährlich. Damit ist Deutschland nach den USA der zweitwichtigste Geber. Afghanistan ist für mich seit 2001 von der Steinzeit ziemlich weit nach vorn katalpultiert worden durch die Hilfe von außen. An vielen einzelnen Beispielen lässt sich feststellen, dass es den meisten Menschen heute persönlich deutlich besser geht als vor 15 Jahren. Es gibt viel Licht, aber eben auch viel Schatten. Der größte Lichtblick ist sicherlich die große Masse junger Menschen, die in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmtheit leben will. Große Probleme gibt es aber nach wie vor beim Staatsaufbau, der großen Korruption und beim fehlenden Vertrauen der Menschen in Regierung und Verwaltung, was in der Summe zur Stärke der Taliban führt. Trotz jährlicher milliardenschwerer Unterstützungen durch die internationale Gemeinschaft gehört das Land weltweit zu den Schlusslichtern bei allen relevanten Felder aus den Bereichen Gesellschaft und Wirtschaft. Aus meiner Sicht wäre es aber fatal, wenn die internationale Gemeinschaft das Land von jetzt auf hier verließ. Aus deutscher Sicht sprächen unsere eigenen Interessen gegen einen solchen Entschluss. Die Bekämpfung von Terror, die Reduzierung von Flüchtlingsströme durch Fluchtursachenbekämpfung, die

Eindämmung des Opiumanbaus, die Stärkung von Stabilität in einer instabilen Nuklearregion, die Glaubwürdigkeit des Westens und natürlich auch wirtschaftliche Aspekte als Exportweltmeister spielen eine wichtige Rolle. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass Deutschland in Afghanistan substanzieller weitermachen muss. Den Krieg dort können wir nicht gewinnen. Entscheidend ist der politische Friedensprozess unter Einbeziehung Chinas, Indiens und Pakistans. Deutschland könnte noch mehr als Vermittler auftreten. Wir müssen aber sicherlich weitere 10 bis 20 Jahre vor Ort für die Stärkung des Staatsgerüsts eintreten. In dieser Zeit wird die Jugend in entscheidende Positionen rücken, was eine große Chance ist.

Bürgersprechstunde – analog und digital



Im Anschluss an die Bürgersprechstunde führe ich eine Bürgersprechstunde bei Facebook ab 17.30 Uhr durch. Ich freue mich auf Ihre Fragen.

Vorankündigung: CDU-Kreisparteitag am 9. März

Der CDU Kreisverband Schwarzwald-Baar führt am Freitag, 9. März 2018 in Vöhrenbach eine Kreismitgliederversammlung und anschließend ein Kreisparteitag durch. Dabei werden im Rahmen der Mitgliederversammlung die Delegierten für die Bezirks- und Landesvertreterversammlung für die Wahl der Landesliste zur Europawahl 2019 gewählt. Europa ist dann auch Hauptthema des Kreisparteitages, an dem Europaminister Guido Wolf sowie Europaabgeordneter und CDU-Bezirksvorsitzender Andreas Schwab teilnehmen werden.



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei